

Hohenstein-Grustthaler Anzeiger

Tageblatt

für Hohenstein-Grustthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Bernsdorf, Bernsdorf,

Wilsenbrand, Ursprung, Mittelbach, Langenberg, Falken, Meinsdorf, Grumbach, Tirschheim zc.

== Weitverbreitetes Insertions-Organ für amtliche und Privat-Anzeigen. ==

Dieses Blatt erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich nachmittags. — Zu beziehen durch die Expedition und deren Aussträger, sowie alle Postanstalten.
Für Abonnenten wird der Sonntags-Nummer eine illustrierte Sonntagsbeilage gratis beigegeben.

Abonnement:
Bei Abholung monatlich 35 Pfg.
die einzelne Nummer 5 „
Durch die Post bezogen 1.25 Mk. exkl. Bestellgeld.
Frei ins Haus monatlich 42 Pfg.
vierteljährlich 1. Mk. 25 Pfg.

Insertionsgebühren: die sechsgespaltene Corpusszeile oder deren Raum für den Verbreitungsbezirk 10 Pfg., für auswärts 12 Pfg. Reklamen 25 Pfg. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt.
Annahme der Inserate für die folgende Nummer bis **vorn. 10 Uhr.** Größere Anzeigen abends vorher erbeten.

Nr. 163.

Freitag, den 17. Juli 1903.

30. Jahrgang.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Berlin, 15. Juli. Der Kaiser, der bei regnerischem und kaltem Wetter in Bergen (Norwegen) ankam, ging dort an Land und besichtigte die Kirche.

Die Veröffentlichung des Schriftwechsels zwischen der deutschen und der englischen Regierung in der kanadischen Zollfrage, die in London dieser Tage erfolgte, bringt u. a. auch das Schreiben unseres Reichskanzlers, das in Vertretung des Grafen Bülow vom Staatssekretär v. Michthofen unterzeichnet und unter dem 27. Juni an den deutschen Botschafter in London ergangen ist, zur öffentlichen Kenntnis. Dieses Schreiben wurde gestern von der „Nordd. Allg. Ztg.“ in seinem vollen Umfange veröffentlicht. Aus ihm geht hervor, woran schon längst kein Zweifel mehr bestand, daß die deutsche Regierung in der kanadischen Zollfrage mit der strengsten Objektivität und Vorurteilslosigkeit gehandelt hat. Es wird darin die historische Entwicklung der deutschen Handelspolitik dargestellt und nachgewiesen, daß Deutschland gar nicht anders handeln konnte, als es Kanada gegenüber gehandelt hat. Es wird konstatiert, daß England das deutsche Verhalten von unzutreffenden Voraussetzungen aus beurteilt und endlich die Bereitwilligkeit zu einem Meinungsaustrausch behufs Beseitigung der bestehenden Differenzen erklärt. Mehr konnte Deutschland doch unter keinen Umständen tun.

Der sächsische Gesandte Graf von Hohenhausen und Bergen hat Berlin mit Urlaub verlassen. Während seiner Abwesenheit führt der Legationssekretär v. Nothmann-Wallwitz die Geschäfte der Gesandtschaft.

Die sozialdemokratische „Münchener Post“ hatte behauptet, der Kaiser habe kürzlich nach einem Frühstück in Hamburg bei dem Gesandten von Schwabach einen Kampf „mit Feuer und Schwert“ gegen die Sozialdemokratie angekündigt. Er wird der Berufung auf eingeweihte Kreise beruht, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ konstatiert, die Erzählung mit allen Zutaten auf plumper Erfindung.

In der Reichsbank zu Berlin beginnen am heutigen Donnerstag Verhandlungen mit „Silberkommissionen“ aus Nordamerika und Mexiko. Es soll versucht werden, zwischen den Münzsystemen der Länder mit Gold- und Silberwährung ein festes Verhältnis zu schaffen.

Wie die „Staats-Ztg.“ behauptet, soll auf Anordnung des Kaisers der Ankauf von Neu unter Umgehung der Zwischenhändler direkt bei den Landwirten geschehen, wenn möglich sogar vom Felde fort. Auch bei dem Ankauf von Hülsenfrüchten, Stroh usw. sollen die Produzenten in erster Linie berücksichtigt werden, damit diesen und der Militärverwaltung der früher den Agenten und Vermittlern indirekt gezahlte Prozentsatz zu gute kommt, bezw. damit die Proviantämter im eigenen Interesse besser und billiger einkaufen können.

Ueber den Verkehr mit Geheimmitteln hat der Hamburger Senat eine Verordnung erlassen, wie sie ähnlich möglicherweise für das ganze Reich Geltung erlangen wird. Sie betrifft 95 Geheimmittel, deren Anpreisung untersagt wird; zugleich wird verfügt, daß bestimmte Geheimmittel nur auf jedesmalige ärztliche Verordnung abgegeben werden dürfen.

Nun erhält auch Württemberg die Warenhaussteuer. Die Stuttgarter Abgeordnetenkammer beendete die Beratung der Gemeindefiskalvorlage. Die Warenhaussteuer soll in Form von Gewerbesteuerzuschlägen in Höhe von 20 bis 50 vom Hundert erhoben werden. In Preußen, besonders in Berlin, blühen die Warenhäuser trotz der „Erdröselungssteuer“ weiter. Die Firma Wertheim läßt in der Rosenthalerstraße zu Berlin einen neuen Geschäftspalast errichten, dessen Bau Millionen kostet; allein für das Grundstück wurden 1 1/2 Mill. Mark bezahlt.

In Posen mußte infolge von Differenzen nationalen Charakters bei der Proklamation des Schützenbundes des Märkisch-Posener Schützenbundes die Polizei einschreiten. Der Bundesvorstand legte sein Amt nieder, und die Proklamation unterblieb.

Dem „Gef.“ wird aus Cybikun gemeldet: Rußland läßt jetzt die Landesgrenzen (so auch die unfrige) durch Stacheldrahtzäune absperrn, um das Ueberschreiten der Grenze auf verbotenem Wege zu verhindern.

Oesterreich-Ungarn.

In Prag fand im Altstädter Rathhause anläßlich der Gutsfeier eine Versammlung tschechischer Frauen und Mädchen statt, in welcher ein Fräulein nach die Anwesenden aufforderte, auf das Bildnis Hus' folgenden „Schwur“ abzulegen: „Wir schwören, Meister Hus, vor deinem ehrlichen, reinen, heiligen Angesicht, daß wir kein Stückchen tschechischen Bodens preisgeben werden, daß kein Tropfen tschechischen Blutes in einem Rinde entfremdet, daß der Klang des tschechischen Wortes in unserer jungen Mädchengeneration nicht durch germanisierende Klänge erlödet werden soll, und daß wir keinen Heller unserer Feinde zu verbieten geben werden. (Rufe: Wir schwören! Wir schwören!)“

Frankreich.

Die neue französische Infanterieuniform wurde in Paris gelegentlich des Nationalfestes zum ersten Male getragen. Sie besteht in einer weiten Bluse, weiten, an den Knöcheln zusammengebundenen Hosen von dunkelblauer Farbe ohne blanke Verzierungen; dazu kommt ein Burenhut. Während einzelne die Uniform praktisch und klebsam finden, meinen die anderen, die Soldaten sähen entsetzt aus.

Rußland.

Zur Heeres- und Flottenenergänzung werden im laufenden Jahre 320 732 Mann zum aktiven Dienst einberufen. — Ein neues Gesetz gibt den Fabrikarbeitern das Recht, aus ihrer Mitte Vertreter zu wählen, die die Interessen der Arbeiter vor der Fabrikinspektion vertreten.

Aus den früheren Burenstaaten

Kommen Nachrichten, die zeigen, daß dort neuerdings gegen die Engländer eine immer weiter um sich greifende Erbitterung herrscht. So erhält die „Köln. Ztg.“ aus der Kapkolonie folgendes Stimmungsbild: Die holländische Bevölkerung hat sehr viele berechtigte Beschwerden, in London aber rührt man bisher keinen Finger, um sie abzustellen. Je mehr man, so heißt es in dem Schreiben aus De Mar, von den Leiden und Verlusten hört, welche die holländische Bevölkerung der Kapkolonie, also englische Untertanen, unter der Herrschaft des Krieges durch die Militärbehörden erlitten hat, von der Willkür, Parteilichkeit, Ungerechtigkeit, denen die Bevölkerung während dieser Zeit anheimelnd in ganz unangenehmster Weise ausgesetzt war, um so mehr muß man sich angegriffen der immer lauter werdenden Anklagen darüber wundern, daß der Kolonialminister bei seinem Besuch in der Kapkolonie jede Untersuchung über diese Ungleichzeit nachdrücklich zurückgewiesen hat mit der Begründung, daß eine solche Untersuchung nur die Kassen- und Parteilichkeiten aufs neue entfesseln könnte.

Die Beschwerden kann man im allgemeinen dahin zusammenfassen, daß die englischen Militärbehörden in der Kapkolonie wie in Feindesland verfahren und daß jeder englische Untertan, der einen holländischen Namen trug, von vornherein als Feind angesehen und gedemütigt wurde. Die Militärbehörden umgaben sich für den Nachrichtenverkehr mit einem Stabe, größtenteils aus ortsanfässigen und nicht immer wohlbeleumundeten Zivilpersonen bestehend, denen natürlich in ihrer neuen Eigenschaft für die Befriedigung persönlichen Hasses der weiteste Spielraum gegeben war. Hunderte wurden auf einfache Angebereien von Kaffern und Farbigen, oft ihrer eigenen Diener, ins Gefängnis geworfen und ohne Untersuchung dort monatelang festgehalten.

Den Landwirten im allgemeinen wurden unter dem Vorwande, daß die Lebensmittel in die Hände des Feindes fallen könnten, alle Borräte abgenommen und sie mit ihren Familien auf Rationen gesetzt, von denen sie unmöglich leben konnten. Auf jede, auch die geringste Entfernung von ihrem Gute stand schwere Strafe. Wenn also das übrig

gebliebene Vieh, da alle Zäune vom Militär niedergebrosen waren, mußte man es laufen lassen, um sich nicht durch Entfernung über seine Grenzen ins Unglück zu bringen. Viele Engländer haben gesagt, daß das Vorgehen des Militärs die Bevölkerung zum Aufstand reizen müßte.

Die Kriegesleistungen, ob in Vieh, Nahrungsmitteln oder Transportkosten, sind mit wenigen Ausnahmen noch unbekannt, und es ist wohl beispieleslos, daß ein moderner Staat auf Kosten seiner Untertanen, auf deren Treue er in Zukunft rechnen muß, gegen einen äußeren Feind Krieg führt mit der alleinigen Begründung, daß einige wenige dieser Untertanen abtrünnig geworden waren.

Die Arbeiterfrage ist in der Kapkolonie nicht minder brennend und unbefriedigt als im Transvaal und wird wohl noch für viele Jahre lang die Hauptfrage in Südafrika bilden. Der Farbige ist durch den Krieg vollkommen verlottert und verkommen. Er ist als Soldat zur Kriegsführung gegen Weiße zugelassen worden und fühlt sich nun leistungsgleichgestellt, umfomehr, als der englische Tommy ihn als seinen Bruder behandelte und sich herabließ, mit ihm aus einem Topfe zu essen und dieselbe Pfeife zu rauchen. Ein ländlicher Arbeiter erhält 3 bis 3 1/2 Schilling täglich außer Verpflegung, die 1 1/2 Pfund Fleisch und 6 Gläser Schnaps einbegreifen muß. Mit weiblichen Dienboten steht es beinahe noch schlimmer und gerade die Farbigen tyrannisieren das ganze Hauswesen. Die Kaffern und Farbigen sind vollkommen und für immer verdoht. Durch Hunger wird man sie von Zeit zu Zeit zur Arbeit veranlassen können; das aber wird alles sein.

Wie über London gemeldet wird, beabsichtigt Louis Botha, sich in einigen Wochen nach dem Haag zu begeben, um mit Krüger, Leyds und anderen Burenführern zu konferieren. In einem Schreiben an einen Freund in England führt Botha aus, Chamberlains Besuch in Südafrika sei, soweit Transvaal in Betracht komme, von einem traurigen Mißsto begleitet gewesen. Die Lage sei jetzt schlimmer, als Chamberlain sie gefunden habe. Botha klagt, daß Milner durch falsche Berichte die öffentliche Meinung in England täusche, daß Staatsgelder rücksichtslos verendet würden und daß die Verwaltung Transvaals fast völlig von den Minenmagnaten geführt und die Politik der Regierung von Furcht und Mißtrauen beeinflusst werde.

Das Hochwasser in Schlesien.

Der durch die Hochwasser-Katastrophe angerichtete Gesamtschaden wird im Kreise Neisse auf mehrere Millionen geschätzt. An Einzelheiten ist noch zu berichten: In Füllstein im Osttal sind elf Häuser eingestürzt und die beiden neuen Straßentrümpfe verschwunden. Ein Mann rettete sich mit Frau und Kind auf eine Linde; sie mußten acht Stunden ausharren, ehe ihnen Rettung wurde. Ein Kleinbahnzug blieb im Wasser stecken, die Reisenden mußten mit langen Seilen in Sicherheit gebracht werden. In Arnoldsdorf ist fast die Hälfte des Kirchhofes 2 Meter tief gänzlich fortgeschwemmt. In noch darüber fortgehenden Wasserläufe sieht man nur Steinblöcke, keine Spur von Boden, nichts von Särgen oder Leichenresten. Die Kirche, ein Muster reiner Renaissance aus dem Jahre 1753, ist größtenteils eingestürzt, die noch stehenden Mauern mit dem Turm drohen zu stürzen. Mit dem weggeschwemmten Boden gelangten sämtliche Leichen und Särge in den Flußlauf, der, sonst zwei bis drei Meter breit, die ganze Dorfstraße einnahm. Etwa 40 Leichen, meist ohne Sarg, sind geborgen und auf dem Kirchhofe in einem Massengrabe beigesetzt und mit starker Kalkschicht bedeckt. Gegen 80 Leichen, darunter erst jüngst begrabene, fehlen noch. Sargreste fanden sich am Goldbach bis hinter zu den letzten Häusern des Wildgrundes, Leichen oder Leichenteile aber nicht mehr, sie mögen wohl in den massenhaften Schlammansammlungen zwischen Falken und Gestrüpp liegen. Auf einem zur Neuanlage des Kirchhofes schon in Aussicht genommenen Gelände, weit vom Fluß und

außerhalb des Dorfes, wird ein neues Massengrab angelegt. Jede Leiche wird mit Kalk bedeckt, nicht zusammenfügbare Sargreste werden verbrannt. Das Arnoldsdorfer Brunnennasser darf nur gelocht genossen werden, die Säuberung der Wohnungen vom Schlamm ist zur Seuchenverhütung angeordnet. In Deutsch-Rasselwitz sind infolge der durch Dammbrech eines Teiches, sowie durch Einsturz des hohen Eisenbahnviadukts und zweier Bahnbrücken am Orte begünstigten Ueberschwemmung des Hohenpfortales Hunderte von Menschen mit einem Schlage obdachlos und bettelarm geworden. Ueber 25 Gebäude sind total zerfallen, mindestens 30 Gebäuden droht der Einsturz; außerdem sind viele Stallungen und Zäune ein Raub des Elements geworden. Weitere minder betroffene Gebäude sind wegen Krankheitsgefahr für ihre bisherigen Bewohner vor sechs Wochen nicht wieder benutzbar. Der Schaden beziffert sich schätzungsweise auf 80 000 Mark, ungerechnet den Verlust an Feldfrüchten.

Breslau, 16. Juli. Das Hochwasser ist um weitere 5 Centimeter gestiegen. Die Fährtenbrücke ist teilweise gesperrt. Kardinal Ropp schenkte 10 000 Mark für die Ueberschwemmten.

Für die in Schlesien durch Hochwasser Geschädigten ergab folgender Aufruf: „Wiederum ist die Provinz Schlesien durch Hochwasser schwer getroffen. Der Schaden ist noch unübersehbar, aber zweifellos sehr groß, zunächst handelt es sich um Abstellung der dringendsten Notstände, des Hungers und der Obdachlosigkeit. Schnellste Hilfe tut Not. Die Unterzeichneten haben sich daher, um die Privatwohlthätigkeit wirksam zu organisieren und ungeordnetes Sammeln und Verteilen zu verhindern, entschlossen, mit dieser schleunigen vorläufigen Bitte an die Opferfreudigkeit aller heranzutreten. Geldspenden wolle man an den „Schlesischen Bankverein“, Breslau I., Albrechtstraße, richten. Wegen der Gründung eines größeren Komitees und von Unterausstellungen in den Kreisen der Provinz ist das Erforderkliche veranlaßt. Der Vorsitzende des Provinziallandtages Herzog von Ratibor. Der Oberpräsident i. V. v. Michaelis, Oberpräsidentrat. Der Landeshauptmann Freiherr v. Michthofen.“

Vertliches und Sächsisches.

Hohenstein-Grustthal, 16. Juli.

* — **Kinder sollen nicht furchtsam gemacht werden.** Wie jede Mutter wissen dürfte, bringen die Kinder keinerlei Furcht auf die Welt mit, einmal die Furcht vor, wie man meinen möchte, ganz augenscheinlichen Gefahren. So ist es eine bekannte Tatsache, daß Säuglinge, wenn man ein brennendes Zündholz ihrem Munde nahe bringt, darnach schnappen wie nach einer willkommenen Speise. Erst wenn sie älter werden, lernen sie allmählich einzelne Schädlichkeiten kennen und fürchten. Gerade in dieser Zeit beginnen nun Diensthöfen und mitunter leider auch Eltern die Fantasie des Kindes durch allerhand Ammenmärchen und Gespenstergeschichten mit qualenden Schreckbildern zu erfüllen. Die Kinder träumen dann oft die ganze Nacht hindurch von dem, was sie am Tage erzählen gehört haben, sind nicht mehr zu bewegen, im Finstern zu bleiben und sehen sich auf Schritt und Tritt von drohenden Phantomen umgeben, was mitunter Trübsinn oder gar schwere körperliche Erkrankungen zur Folge haben kann. Daher sollten die Eltern derartige „Verhübnungs-“ und Zerstreuungsmittel aus der Kinderstube verbannen und besonders darauf achten, daß die Fantasie der Kleinen nicht durch ungesunde Vorstellungen vergiftet werde.

* — **Die Landtagswahlreform** des Ministeriums Meßing wird in der Dresdener Presse recht verschiedenartig beurteilt. Die „Dresdener Nachrichten“ tun so, als ob die ganze Reformabsicht auf ihre Anregung zurückgeführt werden müßte. Die katholische „Sächsische Volksztg.“ macht sich darüber lustig, erklärt aber zum Schluß ziemlich verschämt, eigentlich hätte sie der Regierung den guten Rat gegeben, obgleich sie „uneigentlich“ der Regierung keinen guten Rat hätte geben wollen.